

mitte drin

Ausgabe 1 / 2022 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Für Berlin. Für die Partei. Für das Wir.

Wie weiter? Wie weiter, fragen sich zurzeit viele Genoss:innen und Sympathisant:innen unserer Partei. Mit großer Mehrheit habt Ihr im Mitgliederentscheid dem Rot-Grün-Roten Koalitionsvertrag zugestimmt. Die leidenschaftliche Debatte darüber und auch die Kritik daran haben unsere Partei gestärkt und zeigen unseren Koalitionspartner:innen, dass wir den Konflikt nicht scheuen werden.

Zunächst hat sich unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin konstituiert. Mit unseren 24 Abgeordneten führen wir den bereits zur letzten Wahl eingeleiteten Generationswechsel fort und ich freue mich, dass mir auch diese Fraktion zusammen mit Carsten Schatz ihr Vertrauen als Vorsitzende ausgesprochen hat. Mit unseren Stellvertreter:innen Franziska Brychzy, Manuela Schmidt und Tobias Schulze sind wir auch in dieser Legislatur politisch breit aufgestellt.

Ein Teil einer möglichen Antwort sind auch unsere vorgeschlagenen Senator:innen. Wir waren auf der einen Seite nicht die Wunschpartnerin von Franziska Giffey. Doch wir werden mit Katja Kipping für Integration, Arbeit und Soziales, Lena Kreck für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung, und Klaus Lederer für Kultur und Europa deutlich zeigen, dass mit einer profilierten starken Linken zu rechnen ist. Zwar wird unser finanzieller Spielraum kleiner ausfallen. Umso wichtiger ist es daher, aus den vergangenen Krisen zu lernen: Wir werden das Jahrzehnt der Investitionen nicht abbrechen und dort sparen, wo es ohnehin schon wehtut. Dazu gehört für mich auch,

den Forderungen der Krankenhausbewegung Geltung zu verschaffen, sie auszufinanzieren und Tarifverträge für die Töchter landeseigener Unternehmen zu ermöglichen. Und schließlich liegt auch die Umsetzung des Volksentscheids zur Vergesellschaftung einer Vielzahl an Wohnungen vor uns. SPD und Grüne dürfen sich diesem eindeutigen Votum der Berliner:innen nicht verweigern.

Gemeinsam als Senat, Fraktion und Partei werden wir in den nächsten Jahren bedeutsame Aufgaben in Angriff nehmen. So wird mit Katja Kipping eine erfahrene sozial- und arbeitsmarktpolitische Expertin die Arbeit von Elke Breitenbach fortführen. Katja verkörpert ausgezeichnet unser Ziel, die Obdachlosigkeit in der Stadt zu beenden, Armut zu bekämpfen und eine sanktionsfreie Mindestsicherung aufzubauen. Wir treiben ferner die (Re-)Kommunalisierung der S-Bahn voran. Wir werden mehr Wohnungen bauen und dabei die soziale und bezahlbare Infrastruktur von neuen Wohnquartieren im Blick behalten. Mit Klaus als Senator stellen wir klar, dass die Kultur, deren Verletzlichkeit sich in der Pandemie deutlich gezeigt hat, zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört und abgesichert werden muss. Lena



Vorsitzende der Linksfraction im Abgeordnetenhaus Anne Helm

wird als Justizsenatorin Sorge tragen, dass Prävention und Resozialisierung statt Ersatzfreiheitsstrafen und Maßregelvollzug als Leitidee gestärkt werden. Und zu guter Letzt drängen der rechte Terror in unserer Stadt in den vergangenen Jahren und die Fehler von Polizei und Justiz nach Aufklärung.

Große Herausforderungen liegen also vor uns und ich freue mich darauf, gemeinsam mit Euch ein Teil dieser Antwort zu sein.

Anne Helm kandidierte in Mitte im Wahlkreis 3 (Tiergarten und Hansaviertel) und ist Vorsitzende der Linksfraction im Abgeordnetenhaus von Berlin

ZU KARL UND ROSA – TROTZ ALLEDEM!

An die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der LINKEN – nehmt an der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht teil!

**Sonntag, 9. Januar 2022, 9 – 13 Uhr, Gedenkstätte der Sozialisten
(Gudrunstraße 20, 10365 Berlin)**

Demonstration im Rahmen der Ehrung, U-Bahnhof Frankfurter Tor, 10 Uhr

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Rathaus

Wir müssen reden! ... und zuhören lernen

Die Feiertage haben vielen von uns hoffentlich ein paar Momente der Ruhe und Besinnlichkeit gebracht. Ich hoffe, dass es trotz Verzicht auf die große Familiensause Gelegenheiten gab, mit den Familienangehörigen zu plauschen und das vergangene Jahr gemeinsam zu reflektieren. Denn leider sind der direkte Kontakt zueinander und der persönliche Austausch durch die Pandemie viel zu oft auf der Strecke geblieben.

Wo zur Weihnachtszeit in der Vergangenheit schon öfter herzhaft gestritten wurde, könnten Themen wie die Impfpflicht, 2G-Regeln oder Kontaktbeschränkungen die Menschen nun zusätzlich an ihre kommunikativen Grenzen gebracht haben. Wir sind es kaum mehr gewohnt, Schattierungen und unterschiedliche Meinungen auszuhalten – vielleicht, weil wir nur noch die großen Lettern und bunten Schlagzeilen lesen und glauben, selbst genug Expertise im Infektionsschutz gesammelt zu haben. Doch Kommunikation funktioniert nicht über Headlines, sondern benötigt Zeit.

Die Heftigkeit der Auseinandersetzung ist bedrückend. Wir nehmen einander nicht mehr ernst. Auch Menschen, bei denen öffentliche oder „soziale“ Medien bislang wenig Gehör gefunden haben, werden allein durch Erhöhen der Lautstärke nicht erreicht. Es ist mit der Kommunikation wie mit den Gesundheitsangeboten selbst – wir müssen kleinteilig und aufsuchend tätig werden.



Bezirksstadtrat Christoph Keller

Mit dem Gesundheitsamt gehen wir diesen Weg schon länger und bauen unsere Angebote stetig aus. Insbesondere Menschen mit erschwertem Zugang zum Gesundheitssystem, d.h. Menschen ohne Obdach, Sexarbeiter:innen, Geflüchtete und Hilfebedürftige, können so versorgt werden. Aufsuchende Beratung, dezentrale oder mobile Impfangebote, Impfaktionen an Schulen oder in Freizeitstätten sind wichtige Ergänzungen zu den großen zentralen Anlaufstellen und bieten Chancen für intensivere persönliche Gespräche und Beratungen. Ernstgemeinte Fragen

auch wirklich ernst zu nehmen, ist sicher der beste erste Schritt, um wieder miteinander ins Gespräch zu kommen.

Es ist unsere Aufgabe in der Politik, die Perspektive zu wechseln und sich Vorbehalten zu stellen. Ich werde Politik für alle machen, nicht nur für die eigene Klientel. Das ist mir besonders wichtig in Krisenzeiten und Situationen, in denen wir auf die Solidarität aller angewiesen sind.

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der Abteilung
Jugend, Familie und Gesundheit

Aus der BVV

Wer hat Angst vor dem Willen des Volkes?

In der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vom 16. Dezember brachte die Linksfraktion einen Antrag ein, der das Bezirksamt auffordert, sich beim Senat für eine Umsetzung des Volksentscheides „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ einzusetzen.

Als erstes überraschte die SPD mit einem Änderungsantrag, der unseren Antrag komplett entschärft hätte. So wird dann auch kein Vertrauen aufgebaut, dass die SPD tatsächlich jemals vorhat, das Volksbegehren wirklich umzusetzen.

Der Änderungsantrag der SPD wurde dann in geheimer Abstimmung jedoch abgelehnt.

In der folgenden Diskussion verwunderte es auch nicht, dass FDP und CDU die Willensbekundung des Volkes zur Enteignung ablehnen und dies damit begründeten, dass es noch keine Urteile zu Artikel 15 des Grundgesetzes gibt, auf den sich der Volksentscheid beruft.

Am Ende votierten in einer geheimen Abstimmung 20 Verordnete der BVV für den Antrag und 20 dagegen. Ein Gleichstand führt dazu, dass ein Antrag in der BVV abgelehnt wird. Das heißt, dass sowohl Verordnete der SPD als auch der Grünen gegen den Antrag zur Umsetzung des Volksentscheides

gestimmt haben müssen.

Unberührt von den Vorgängen in der BVV bleibt natürlich die Pflicht des Senates, zeitnah an der Umsetzung des Volksentscheides zu arbeiten.

Außerdem wurden in dieser BVV mehrere Anträge beschlossen, unter anderem ein Antrag der Linksfraktion zur Sicherung des Hauses der Weisheit und ein Änderungsantrag der Linksfraktion zum Schutz der Mieter:innen in der Torstraße 225/227.

Andreas Böttger,
Geschäftsführer der Linksfraktion
in der BVV von Berlin-Mitte

„Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ fordert demokratische Umsetzung des Volksentscheids

Interview mit Leonard Haas, einem der Sprecher der Initiative

Mittendrin:

Durch den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ stehen in der Wohnungspolitik der Hauptstadt Fragen des Allgemeinwohls und der demokratischen Kontrolle von Eigentum wieder auf der politischen Tagesordnung.

Welche Forderungen zur geplanten Expertenkommission stellt die Initiative an die Rot-Grün-Rote Landesregierung?

Leonard Haas:

Eine demokratische Besetzung der Kommission setzt voraus, dass 59,1 Prozent der Ex-

Und sie wird dem Druck aus der Bevölkerung auf Dauer nicht standhalten. Denn Mietenkrisen ist jetzt! Vergesellschaftung ist das einzig wirksame Instrument gegen den Mietensinn, besonders jetzt, nachdem das Vorkaufrecht und der Mietendeckel gekippt wurden.

Mittendrin:

Was kann denn mit der Vergesellschaftung erreicht werden?

Leonard Haas:

Mit der Vergesellschaftung wollen wir zwölf Prozent der Berliner Mietwohnungen der Spe-

auch auf Landesebene verabschiedet werden. Die Kampagne strebt ein Gesetz auf Landesebene an, d.h. es wird geregelt, dass nur Wohnungen und Grundstücke in Berlin vergesellschaftet werden sollen, aber nicht die Unternehmen selbst. Die Entschädigungssumme muss sich dabei nicht an Marktpreisen orientieren. Die Höhe sollte nach einer Abwägung der privaten Interessen der Eigentümer:innen und dem Interesse der Allgemeinheit festgesetzt werden.

Mittendrin:

Und wie soll der vergesellschaftete Wohnraum verwaltet werden?

Leonard Haas:

Dafür hat die Kampagne ein Konzept entwickelt, das – als Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) – direkte demokratische Mitbestimmung und Gemeinwirtschaft ermöglicht – keine Zentralverwaltung. Was hier stattdessen angestrebt wird, ist demokratisches Wirtschaften. Durch Wahlen von Vertreter:innen soll eine größtmögliche demokratische Beteiligung der Mieter:innen stattfinden. Doch Gemeingut geht nicht nur die Bewohner:innen etwas an. Auch die Stadtgesellschaft muss mit Vertreter:innen über Belange der vergesellschafteten Wohnungen entscheiden können. Ein Verwaltungsrat aus verschiedenen Beteiligungsgruppen könnte eine staatsferne Konstruktion darstellen, die demokratisch für die Verwaltung des vergesellschafteten Wohnraums zuständig ist.

Das Gespräch führte Rainer Scholz



pert:innen von der Initiative benannt werden. Das entspricht dem Anteil der Wähler:innen, die für den Volksentscheid gestimmt haben, und repräsentiert damit den Willen der Stadtgesellschaft. Und eins muss ganz klar sein: Lobbyist:innen von Vonovia und anderen Immobilienkonzernen haben in dieser Kommission nichts zu suchen. Die Immobilienlobby möchte der starken Bewegung von uns Mieter:innen den Wind aus den Segeln nehmen. Aber das wird nicht funktionieren – dafür ist die Mietenkrisen zu akut.

Mittendrin:

Bei den Koalitionsverhandlungen war u.a. von 100 Tagen die Rede, bis die Kommission überhaupt eingesetzt wird. Und von einem Jahr, in dem sie weiterhin nur prüft. Ist das akzeptierbar?

Leonard Haas:

Diese durchschaubare Verzögerungstaktik können wir Mieter:innen nicht hinnehmen.

kulation entziehen und dauerhaft bezahlbare Mieten ermöglichen. Keine fette Dividende mehr für Aktionär:innen, die aus unseren Mieten bezahlt werden muss. Keine Verdrängung mehr von Leuten, die sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können.

Unsere Initiative bekommt so viel Aufmerksamkeit, weil sie tatsächlich einen juristischen Weg aufzeigt, auf Grundlage einer demokratischen Mehrheit privates Eigentum auch in Gemeinwirtschaft zu überführen und eine Wohnungspolitik zu ermöglichen, die in Berlin längst überfällig ist.

Mittendrin:

Eine Vergesellschaftung muss doch mit einem Gesetz verbunden sein.

Leonard Haas:

Ja. Gemäß Artikel 15 unseres Grundgesetzes muss eine Vergesellschaftung mit einer Entschädigung und einem Gesetz einhergehen. Das Gesetz kann sowohl auf Bundes- als

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

an jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

an jedem dritten Mittwoch des Monats im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Auf den Spuren des Roten Gesundbrunnens

Stadtspaziergang der BO Wedding und der NaturFreunde Berlin e.V.

Auf die Spuren des Roten Gesundbrunnens begaben sich am 11. Dezember 20 Mitglieder der NaturFreunde Berlin e.V. und der Basisorganisation der Partei DIE LINKE Wedding. Uwe Hiks, Mitglied des Bundesvorstandes des sozialökologischen Verbandes und des Marxistischen Forums, führte zu Adressen der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung im Wedding.

Die Tour begann an der 1929 eröffneten „Lichtburg“, früheres Großkino, Versammlungsort der Arbeiterbewegung, wo die letzte Zusammenkunft der SPD vor ihrem

in Reinickendorf eine Straße benannt ist, sammelten sich Tausende am Krematorium Wedding.

Die aus der „Weddinger Opposition“ hervorgegangene Widerstandsgruppe aus dem Wedding hatte in der Usedomer Straße 32 eine geheime Druckerei, in der zwischen September 1933 und März 1934 alle zwei bis drei Wochen die verbotene Publikation „Der Funke“ hergestellt wurde.

In der Stettiner Straße 39 wuchs Fritz Reuter auf. Er wohnte dort mit seinen fünf Geschwistern und Eltern in einer Einzimmer-



Halt in der Gartenstadt Atlantic an der Heidebrinker Straße

Verbot stattfand. Heute ist es ein deutsch-türkisch-italienisches Restaurant.

In dem Eckhaus Bad-/Ecke Behmstraße wohnte damals Max Seydewitz, Journalist und SPD-Linker, nach dem Zweiten Weltkrieg SED-Mitglied und sächsischer Ministerpräsident. Auch die Rechtsanwälte „Gebrüder Wille“ hatten in der Behmstraße ihr Büro. Sie verteidigten Linke, die von Nazis angeklagt wurden, bis 1938, als die „Rote Hilfe“ bereits verboten war.

Die 30-er Jahre waren im Wedding geprägt von gewalttätigen Straßenkämpfen. In der Pankstraße gerieten SA und KPD immer wieder aneinander, so z. B. vier Tage lang in der Buttmanstraße, wo sich sowohl ein SA- als auch ein KPD-Lokal befand. Bei der Beerdigung des von der SA ermordeten Kommunisten Fritz Klemke, nach dem heute noch

wohnung, ging auf die weltliche Schule in der Gotenburger Straße und wurde später Maurer. Er schloss sich der Widerstandsgruppe Anton Saefkow an und wurde 1944 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach dem Krieg wurde Reuter SED-Mitglied und Bürgermeister Friedrichshains.

Der Rundgang endete in der Nähe der AEG-Werke an der Voltastraße, deren 9000 Arbeiter Anfang 1919 komplett an dem Berliner Generalstreik teilnahmen. Bei den späteren „Berliner Märzämpfen“ gab es 2000 Tote.

Uwe Hiks wird im nächsten Jahr mehrere weitere Stadtspaziergänge anbieten, z.B. zu den Stolpersteinen im Wedding und zu den weltlichen Schulen in Neukölln, die auf der Website der Naturfreunde www.naturfreunde.de angekündigt werden.

Sarah Ayalew

Kurznachrichten

► Haus für queere Frauen an der Berolinastraße

Europas erstes Wohnhaus für lesbische und queere Frauen entsteht an der Berolinastraße neben dem Rathaus Mitte. Der Kooperationsvertrag für das achtgeschossige Gebäude zum Wohnen, für Kultur und Nachbarschaftshilfe wurde von der WBM und „RuT - Rad und Tat Berlin GmbH“ unterschrieben. Neben den 72 Wohnungen sollen ein öffentliches Café, ein Tanz- und Veranstaltungssaal sowie Gemeinschafts- und Beratungsräume gebaut werden.

► „Fairer Stadtplan“ für Mitte

Den ersten digitalen „Fairen Stadtplan Berlin“ erhalten die Bewohner von Mitte. Von fair gehandeltem Kaffee über Bekleidung jeglicher Art bis zur entwicklungspolitischen Bildungsorganisation findet man dort alle Adressen zu fair produzierten und nachhaltigen Erzeugnissen im Stadtbezirk. Neben den so genannten Weltläden gibt es allerlei Geheimtipps zu entdecken. Der Stadtplan ist übersichtlich in die Themen Einkaufen, Genießen und Engagieren unterteilt.

► Neues „Moabit-Buch“ erschienen

Ein neues „Moabit-Buch“ ist erschienen mit Geschichte, Geschichten, besonderen Orten und vielen historischen und aktuellen Fotos des multikulturellen Wohngebietes von Mitte. Autor der 75 interessanten Kapitel ist der Journalist und Blogger Aro Kuhrt, Gründer der MoabitOnline-Plattform. Teile des Buches auch auf Moabit-Buch.de.

Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39,
13353 Berlin - Wedding

Tel.: 030 - 547 13 449

Bus 142 Kiautschoustraße,
S- und U-Bahnhof
Wedding, U-Bahnhof
Amrumer Straße



Während der Öffnungszeiten telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
10 - 16 Uhr

Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

buer.o.schulze@linksfraktion.berlin
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Bei anderen gelesen

Franziska Giffey, Berlins neue Regierende, ist die rot-grün-rote Koalition „eher widerwillig“ eingegangen, so **DER SPIEGEL**. Und DIE LINKE? „Mit 74,91 Prozent stimmten mehr Mitglieder für den Koalitionsvertrag ihrer Partei mit SPD und Grünen als viele im Vorfeld erwartet hatten“, heißt es in der **Berliner Morgenpost**. Sie sieht darin „ein stärkeres Vertrauenssignal für die Parteiführung als es viele befürchtet hatten.“ Und weiter: „Gleichwohl hält fast jedes vierte Mitglied nichts davon, diesmal als kleinster Partner in ein Bündnis mit Rot und Grün einzusteigen. Die Lust, sich (...) mit allen möglichen Aktivisten unterzuhaken und die Regierenden von links zu attackieren, ist 2021 deutlich ausgeprägter als früher.“ Für die **Berliner Zeitung** ist es nachvollziehbar, wenn nicht wenige in der Partei zweifeln, dass die Enteignung großer Immobilienkonzerne kommt, denn: „Kaum vorstellbar, dass die enteignungskritischen Partner SPD und Grüne großes Interesse an einem Gesetzentwurf haben werden. Auch wenn sie sich damit gegen den Willen eines erfolgreichen Volksentscheidens stellen.“

Viel Lob gab es jüngst für die scheidende Sozialsenatorin: „Mit Elke Breitenbach geht eine der profiliertesten Politikerinnen der Berliner Linken“, titelt **DER TAGESSPIEGEL**. „Eine, die fehlen wird“, meint die **taz**, die zu dem Schluss kommt: „Berlin verliert eine Senatorin, die im ganzen Politikgedöns der letzten fünf Jahre gewiss die beste Performance abgeliefert hat.“

Nach den Querelen um die Besetzung eines Bundestags-Ausschuss-Vorsitzes durch DIE LINKE vermerkt **der Freitag**: „Der Postenstreit steht sinnbildlich für den desolaten Zustand von Partei und Fraktion. Wer derart dilettantisch um eine machtpolitisch ziemlich unbedeutende Position kämpft, um dessen politischen Kompass kann es nicht gut bestellt sein. Man arbeitet sich an einer Personalie mit Symbolwirkung ab statt am politischen Gegner – in der größten Krise der Geschichte der Partei handeln alle Beteiligten plan- und verantwortungslos. Binnenkonflikte vergraulen all jene, die sich einbringen wollen oder von denen eine linke Partei profitieren würde. Und um die geht es.“

Menschen in Mitte

Atelier auf Zeit für drei Künstler in der Bergstraße

Paul Schmidt, Siyavash Ghassemzadehgan und Mirko Mielke zählen sich selbst in der zugespitzten vierten Welle der Corona-Pandemie zu den glücklichsten Berlinern. In der Bergstraße in Mitte haben im Mai der Maler, der interdisziplinäre Kunstschaffende sowie der Diplom-Designer eine bezahlbare Unterkunft gefunden zum Ideenfinden, Entwerfen, Arbeiten und Ausstellen.

Zwar nur für begrenzte Zeit, bis der Besitzer des Hofes die seit 1997 leerstehenden Werkstatt Räume abreißen und ein Wohnhaus bauen lässt. „Aber wir schöpfen jetzt Hoffnung zum in die Zukunft Schauen, setzen hier ein Zeichen für unser Existieren trotz der Verdrängung und Gentrifizierung in Berlin“, betont Paul Schmidt. 2017 hatten sie sich im Atelierhaus Australische Botschaft (Ost) kennengelernt. Mit dem in die Schlagzeilen eingegangenen Aufbegehren vieler Senioren gegen die Schließung ihrer beliebten Begegnungsstätte in der Pankower Stillen Straße 10 bekundeten sie ihre Solidarität mit einer vor dem Gebäude gemeinsam aufgestellten Sound Text Poetry Plastik mit dem Wunsch nach Beständigkeit, gegen den Zerfall.

An einer weiß getünchten Wand der zum „Atelier“ ernannten Zwischennutzung auf 100 m² Fläche hängen die ersten neuen Ölbilder auf Leinwand - expressive „Farbexplosionen“ - von Paul Schmidt. Zehn bis zwölf Arbeiten sollen 2022 in der geplanten Ausstellung zusammen mit den Kreationen seiner Mitstreiter vorgestellt werden. Der gebürtige Iraner Siyavash Ghassemzadehgan recherchiert an den Vorarbeiten für seinen Film über die Literatur Babyloniers. Mirko Mielke arbeitet an einer Serie botanischer Fotografien, die analog auf Beton entwickelt werden.

Zuallererst nach dem Einzug aber musste viel Schutt beseitigt, die Stromversorgung hergestellt und eine Wasserzisterne aufgestellt werden. Um die Miete finanzieren zu

können, betreut der 42-jährige Paul einen körperlich beeinträchtigten Informatiker. Siyavash, 40, ist Weinsensoriker, Begutachter guter Tropfen für Händler, Mirko, 45, bietet seine vielseitigen Erfahrungen an, so für Tiny-Haus-Projekte.



Paul Schmidt und Siyavash Ghassemzadehgan neben ihrer gemeinsamen Plastik

„Zu unserer Vernissage im kommenden Frühjahr wollen wir mit Kollegen und Freunden anstoßen auf eine erfolgreiche Zukunft von uns Berliner Künstlern, die in den letzten Jahren sehr gelitten haben unter Corona und Immobilienhain“, erklärt übereinstimmend frohen Mutes das dreiköpfige Team. „Wir setzen Hoffnungen in den wiedergewählten Kultursenator Klaus Lederer, der sich sicher auch in Zukunft noch stärker für uns Künstler engagieren wird. Berlin ohne die Künste wäre kein Berlin!“ Sie genießen jetzt ihre zeitweilige Zuflucht in der Bergstraße, sind aber nicht frei von Unsicherheiten und Ängsten.

Matthias Herold

Rechts- und Sozialberatung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren. sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin

Die nächsten Termine sind der **07.01., 21.01., 04.02. und 18.02.** jeweils **von 15 bis 17 Uhr**



Gestrige Gedanken für demnächst

Manche werden auch 2022 ihren Kaffee Mohn Koffein mit Hafermilch trinken, manche werden wie bisher nur mit Laptops kommunizieren, ich bevorzuge weiterhin den anheimelnden Charme verwohnter Kneipen und Kaffeehäuser, Kuchen, Kochen und viel menschliche Nähe. Ist die Sterilität in der heutigen Ästhetik nur modisches Pop up? Nutzt der Zeitgeist die distanzierende Pandemie oder ist es umgekehrt? Das wird sich zeigen.

Masken sind Alltag, Chinas Fallzahlen vergessen, Berlin hat soziale Kontrolle verlernt, in Bahn und Bus fragt niemand nach Impfpass oder Jahreskarte, auch der Schönheitssalon verzichtet. Angeblich kämen nur Geimpfte ... Und wieso kann man in Mitte ungestraft bei Rot die Straße überqueren, auf Bürgersteigen Fahrrad fahren, Müll im öffentlichen Raum entsorgen? Winterliches Schneeweiß ergibt grauen Schneematsch, aus dem rollen sich Mädchen und Knaben dunkel gesprenkelte Schneebälle.

Um halb zehn Uhr abends verpasse ich den Bus. Also spazierte ich bei kühl trockenem Wetter vom Jüdischen Museum über Leipziger- und Friedrichstraße in Richtung Hackescher Markt. Unterwegs keine Gastronomie, erste Menschen sehe ich erst Ecke Behrenstraße, wo auf der Straße Glühwein verkauft wird. Vor dem Imbiss Bahnhof Friedrichstraße eine Menschenschlange, vis-a-vis

Steakhaus und Burger, der Italiener hinter der Reinhardtstraße hat auch Kundenschaft, in der Oranienburger könnte ich auch Indisch, Pizza oder Thai essen. Für großstädtische Verhältnisse ist der Tag noch jung, doch niemand flaniert, wozu auch, vor allem wohin.

Fehlendes urbanes Flair programmiert menschenleere Ödnis. Wird sie gefüllt? Am Tacheles-Gelände sollen 2023 Foto-Museum, Gassen und Läden öffnen, zum Posttelegrafnamt kommt eine Innenhof-Brauerei. Ob Friedrich-, Ziegel-, Tucholsky- und Oranienburger Straße dann strahlender scheinen? Ich wandere durch finsternes Wintergrau zum Admiralspalast, „Berlin Berlin“ meint die Goldenen Zwanziger, den historischen Vulkan, Musik, Bewegung, Worte, Marlene Dietrich, Anita Berber, die Comedian Harmonists, das Weisse Rössl begeistern, die fesche kostümierte Truppe singt und tanzt mitreißend Swing, Gassenhauer, Charleston... Und doch endet die Geschichte der alten Friedrichstraße grell,



Der Winter lässt zaghaft grüßen in Berlins Mitte

draußen langweilt mich die heutige. Die Tram kommt, kaum Fahrgäste, der Tag geht müde zu Ende, das Jahr 2021 ist fast vorbei, schon klopft erwartungsfroh die nächste Zukunft an die Tür.

Irene Runge

Bezirksamt muss helfen

In der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vom 16. Dezember wurde ein Änderungsantrag der Linksfraktion zur Torstraße 225/227 beschlossen.

Die Bewohner:innen dieser Häuser haben über desaströse Zustände auf der dort vorhandenen Baustelle berichtet. Das gesamte Vorderhaus soll seit einem Monat ohne Heizung und Warmwasser sein.

Darum fordert die BVV das Bezirksamt auf, umgehend eine Begehung der Häuser durchzuführen, um festzustellen, welche bauordnungsrechtlichen Verstöße vorliegen. Auf Grundlage der Ergebnisse wird das Bezirksamt ersucht, mit der Eigentümerin (Accentro Real Estate AG) und der

Hausverwaltung (Von Rügen Immobilien GmbH) der Häuser sofort Kontakt aufzunehmen, um schnellstmöglich sicherzustellen, dass die festgestellten Mängel umgehend behoben werden und insbesondere die Heizungs- und Warmwasserversorgung im entsprechenden Häuserkomplex wieder gewährleistet ist. Zudem muss sichergestellt werden, dass der Bauherr (Accentro Real Estate AG) seine Verkehrssicherungspflichten einhält, indem insbesondere die erforderlichen Baustellensicherungsmaßnahmen ergriffen und Fluchtwege freigehalten werden.

Darüber hinaus wird das Bezirksamt ersucht, der Mieter:inneninitiative „Wohnen in

der Torstraße 225/227 e.V.“ eine Ansprechperson im Bezirksamt Mitte für die direkte Kontaktaufnahme zu benennen (E-Mail, Telefonnummer), damit diese die Möglichkeit hat, sich bei weiteren Problemen unbürokratisch an das Bezirksamt zu wenden.

Die Linksfraktion hofft, dass das Bezirksamt diesen Beschluss der BVV zügig umsetzt, um die Situation für die betroffenen Mieter:innen in der Torstraße 225/227 schnell zu verbessern und den Eigentümer und die Hausverwaltung nicht einfach so davonkommen zu lassen.

Andreas Böttger,
Geschäftsführer der Linksfraktion
in der BVV von Berlin-Mitte

Moabits wichtigste Moscheegemeinde „Haus der Weisheit“ existentiell gefährdet

دار الحكمة (Darul Hikma) bedeutet „Haus der Weisheit“. Bewusst wählten die Gründer_innen um Imam Abdallah Hajjir 1995 diesen Namen: „Die Menschen unserer Stadt sollen an diesem einladenden Ort in Moabit mit Weisheit beschenkt werden, ganz wie im 9. Jahrhundert in Bagdad“ (Abdallah Hajjir).

Mit mehr als 500 Mitgliedern an zwei Standorten gehört das „Haus der Weisheit“ zu den größten Moscheegemeinden im Bezirk Mitte und ist mit KITAS, Sprachschule, Jugend- und Flüchtlingshilfe ein bedeutungsvoller Akteur, der aktiv dazu beiträgt, dass unsere Stadtgesellschaft solidarischer, interreligiöser und vielseitiger wird.

Allerdings will der Bezirk Mitte den Größen der beiden Gemeindestandorte abreißen. Hier in der Rathenower Straße 16 soll ein großer Neubau für Wohn- und Gemeinschaftsräume entstehen.

Für die Bauzeit von 3-5 Jahren wurden dem „Haus der Weisheit“ geeignete Ersatzräume zugesagt. Im Mai 2021 erfuhren wir als BVV-Fraktion schließlich zufällig, dass es – entgegen aller Versprechungen – immer noch keine geeignete Ersatzlösung gibt. Seitdem bekommt die Moscheegemeinde von uns größte Unterstützung: Regelmäßige Treffen mit Imam Abdallah Hajjir und der Gemeindeleitung, eine Vielzahl von erfolgreich

in die BVV eingebrachten und beschlossenen Anträgen sowie die Vernetzung mit dem Berliner Immobilienmanagement und dem Bezirksamt.

Doch seit kurzem überschlugen sich die Ereignisse: Auch die Hoffnung auf Ersatzräumlichkeiten in einem ehemaligen Gerichtsgebäude zerplatzte überraschend. Aufgrund technischer Mängel offenbarte sich auch diese vom Bezirksamt präsentierte Übergangslösung als ungeeignet. Nach mehr als zwei Jahren vergeblichen Wartens gab die Moscheegemeinde jetzt schwer enttäuscht auf. Sie verlässt ohne Ersatzlösung zum 31.12.2021 die Rathenower Straße 16.

Der verbliebene kleine Gemeindestandort in der Waldstraße hat nur ein Fünftel der benötigten Flächen. Die vierfache Überbelegung und die finanziellen Konsequenzen bedrohen die Existenz der finanziell eigenständige Moscheegemeinde. Das darf nicht zugelassen werden.

Mit einem ultimativen Antrag haben wir in der letzten BVV das Bezirksamt am 16.12.2021 gebeten, endlich geeignete Ersatzräume zu stellen und die Gemeinde, solange bis diese gefunden und bezogen sind, finanziell zu unterstützen.

Möge den Verantwortlichen im Bezirksamt Berlin Mitte „Weisheit“ zuteilwerden, dass sie



Der Gründer des Hauses der Weisheit
Iman Abdallah Hajjir

bald doch noch einen geeigneten Übergangstandort zur Verfügung stellen. Die Existenz der Gemeinde muss praktisch und finanziell gesichert werden. Denn:

Wir alle hier in Mitte brauchen das „Haus der Weisheit“!

Jacky Sanehy und Steve Rauhut

Kinderimpfen gegen Corona im Naturkundemuseum

Am 15. Dezember 2021 startete endlich auch in Berlin das Impfen der Grundschüler:innen gegen Corona.

Dabei gibt es auch im Naturkundemuseum in Mitte die Möglichkeit, Kinder zu impfen. Der größte Teil der Impfungen wird sicher in den Kinderarztpraxen erfolgen und in jedem Bezirk soll auch an einer Schule geimpft werden.

In der vierten Welle der Corona-Pandemie waren vor allem Kinder im Grundschulalter zwischen fünf und elf Jahren am stärksten betroffen. Zum Glück ist der Verlauf der Erkrankung in den meisten Fällen bei den Kindern unproblematisch und sie stecken Corona viel besser weg als die Erwachsenen. Trotzdem besteht die Gefahr, dass die erkrankten Kinder das Virus weitergeben

und ihre Eltern und Großeltern anstecken. Deshalb ist jetzt der Start der Impf-Kampagne für Kinder sehr gut und hoffentlich ist bald auch ein hoher Anteil Kinder geimpft. Die ständige Impfkommision (STIKO) hatte lange gezögert, eine Empfehlung für das Impfen von Kindern abzugeben. Damit hat die STIKO mögliche Vorbehalte und Ängste der Eltern gegen die Impfung ihrer Kinder ungewollt verstärkt. Ob die STIKO, die unter normalen Bedingungen gute Arbeit leistet, in der aktuellen Pandemie mit den kurzfristig notwendigen Entscheidungen richtig aufgestellt ist, darf angezweifelt werden.

Im Gegensatz zu der allgemeinen Bevölkerung mit der Möglichkeit des Impfens und einer mittlerweile erreichten Quote von über 70 Prozent in Berlin waren die Kinder im

Grundschulalter ohne Impfung bisher der Erkrankung schutzlos ausgesetzt. Deshalb sind die Lehrer:innen, Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen sowie das sonstige Personal an den Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen die stillen „Helden“ der vierten Welle von Corona. Sie haben den Schulbetrieb aufrecht erhalten und trotz hoher Inzidenzen den Eltern die Möglichkeit gegeben, weiter erwerbstätig zu sein. Vom Schulpersonal wurden die zum Teil sehr kleinen Kinder dreimal die Woche getestet bzw. zum „selbst Testen“ angeleitet. Dabei haben sich die Beschäftigten in Schule und Betreuungseinrichtung einem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Nicht nur deshalb sollten sie unsern besonderen Dank erhalten.

Thomas Licher

Das ist das Letzte

Auf dem Treffen der sogenannten G-7-Staaten ...

Mutti geht nicht mehr früh zur Arbeit. „Isch over!“, um es mit Wolfgang Schäuble zu sagen. Die Pensionärin Merkel kann sich in der Uckermark mit fröhlichem Herzen der Zubereitung von Kartoffelsuppe und Sauerbraten widmen. Sollte sie weitere Orden einsammeln wollen oder ihr die Decke auf den Kopf fallen, steht in Berlin ein üppig ausgestattetes Reisebüro parat. Einige ihrer Weggefährten müssen sich allerdings nach neuen Beschäftigungen umschauen.

Andreas Scheuer könnte in einer Tauchschule nach den von ihm versenkten Steuerermittlungen fahnden. Julia Klöckner wird wohl das neue Werbegesicht von Nestlé. Die Wie-heißt-sie-doch-gleich-Ex-Bildungsministerin bucht einen Computerkurs an der Volkshochschule und Horst Seehofer rangiert auf dem Abstellgleis seiner Modelleisenbahn. Peter Altmaier und Annegret Kramp-Karrenbauer öffnen vielleicht in Saarbrücken ein Fitnessstudio. Er als Bodybuilder, sie als Putzfrau Gretel. Dazu Heiko Maas als Kraftmeier. Jens Spahn hat Chancen als Selbstdarsteller oder Maskenbildner an einem Staatstheater, ebenso Helge Braun als Buddha oder Kohl-Double. Gerd Müller kann im Politikbetrieb bleiben, die Union braucht Entwicklungshilfe.

Es ging jene Truppe von Bord, die den Ausbau erneuerbarer Energien verschleppt, die Digitalisierung verpennt, die Pandemiebekämpfung vertrödelt, das Pflegepersonal verknappt, die Krankenhausbetten verknappt, die Verkehrswende verbummelt, Waffen verhökert und Soldaten verheizt hat. Zu hoffen bleibt, dass die Befürchtungen des ehemaligen griechischen Ministers und Merkel-Kritikers Varoufakis nicht wahr werden. Dass nämlich deren Nachfolger ihn veranlassen könnten, sie zu vermissen!

Schorsch

... im Dezember 2021 äußerte Außenministerin Baerbock - die ihre von der Grünen-Partei reichlich alimentierte Promotionsarbeit nicht fälschen konnte, weil sie nie fertig wurde -, die Zusammenarbeit der westlichen Staatengruppe beruhe auf dem gemeinsamen Verständnis einer globalen Wirtschaft, das auf Werten von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten basiere.

Ebenfalls für den Dezember lud Biden 110 Staaten zu einem virtuellen „Demokratie-gipfel“ ein. Nicht eingeladen wurde China. Taiwan schon. Auch Russland blieb außen vor, ebenso große Teile Afrikas, des Nahen Ostens sowie Zentral- und Südasiens und Lateinamerikas. Dafür wurden z.B. Vertreter der Privatwirtschaft beehrt. Das Kapital ist ja die Demokratie in Reinkultur.

Auch in Indien sieht es prima aus mit der Demokratie, oder auf den Philippinen. Das Land ist schließlich seit 2018

„Globaler Partner der NATO“. Ergo teilt es „unsere“ regelbasierten Werte. Wie auch die USA. Todehöfer lässt in seinem Buch „Du sollst nicht töten“ einen Blackwater-Söldner zu Wort kommen, der beschreibt, wie US-Amerikaner in Afghanistan Gefangene von Hunden vergewaltigen ließen - bis vor kurzem. „Da bringen die einen kleinen Stuhl ...rein. Da wird der Afghane draufgebunden. Mit dem Bauch nach unten. Dann kommen die Hunde. Fast immer mehrere. Afghanische Kampfhunde. Amerikanische Armeehunde werden nie genommen. Das widerspricht dem amerikanischen Ehrenkodex...Die Wächter haben mit den Gefangenen ein Zeichen vereinbart. Wenn sie aussagen wollten, konnten sie sich mit dem Kopf oder Hand melden. Wenn die Info nichts wert war, wurde der nächste Hund rangelassen“.

So wüten die Haupthüter „unserer“ regelbasierten Ordnung, wenn sie es mit Vietnamesen, Afghanen und anderen - die Nazis hätten Untermenschen gesagt - zu tun hatten oder haben. Im eigenen Land zählen schwarze Leben kaum etwas oder die Gefängnisindustrie bringt satte Profite.

Einen geeigneteren Hüter der Menschenrechte als den US-Imperialismus mit der NATO im Schlepptau findet man nirgendwo: wachsam gegenüber jedem Staat, der es ablehnt, Vasall der USA zu sein.

Ellen Brombacher



Leidensweg ohne Ende

Ein britisches Gericht machte im Dezember den Weg frei für die Auslieferung des australischen Enthüllungsjournalisten **Julian Assange** an die USA. Auch wenn das Tauziehen noch nicht beendet ist, wächst die Gefahr für den Gründer der Plattform Wikileaks, die unter anderem Kriegsverbrechen der US-Armee entlarvte. Am brisantesten ist ein Video, in dem zu sehen ist, wie amerikanische Soldaten 18 Iraker von Helikoptern aus erschießen.

Wir gratulieren im Januar zum Geburtstag!

- Zum 99. Dora Scholze
- Zum 96. Ilona Jechow, Ruth Schröder
- Zum 92. Johanna Kayser
- Zum 91. Dietrich Ehrentreich, Magda Schlieffe, Edith Spitzer
- Zum 90. Ingeborg Teubner
- Zum 88. Werner Binus, Dieter Giersch
- Zum 87. Gerlinde Cymborowski, Elfriede Dieß
- Zum 86. Helga Lohse, Barbara Raatz, Günter Zachau
- Zum 85. Doris Barth, Helga Sobisiak
- Zum 84. Lidia Schewtschenko, Günter Grunow
- Zum 83. Elfriede Rastig, Ursula von Schirmeister
- Zum 82. Helga Besler, Elfriede Lewerenz
- Zum 81. Inge Franz
- Zum 70. Helgard Kegel
- Zum 65. Peter Arndt

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Redaktionsschluss:** 13.12.2021

Ausgabetermin für Nr. 02/2022 - 03.02.2022